

676 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t

des Finanzausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 21. Jänner 1972,  
betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich  
und der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von  
Abgabenfreiheit für Fernmeldeanlagen im Grenzgebiet

Der gegenständliche Vertrag sieht die freie Ein- bzw.  
Ausfuhr von Waren für die Errichtung und den Betrieb von  
Fernmeldeanlagen sowie von flugsicherungstechnischen Einrichtungen  
vor, sofern die erwähnten Einrichtungen im Grenzgebiet der  
beiden Vertragsstaaten Verwendung finden. Als Grenzgebiet gelten  
die im Vertrag vom 6. September 1962 zwischen der Republik  
Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Zoller-  
leichterungen im kleinen Grenzverkehr und im Durchgangsverkehr  
festgelegten Zollgrenzzonen sowie darüberhinausgehende Gebiete,  
sofern der Betrieb der Fernmeldeanlage in diesem Gebiet technisch  
und geographisch bedingt ist.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des vorliegenden  
Vertrages die Erlassung eines besonderen Bundesgesetzes im Sinne  
des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes  
in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in  
seiner Sitzung vom 25. Jänner 1972 in Verhandlung genommen  
und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen  
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß  
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 21. Jänner 1972,  
betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und  
der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Abgaben-  
freiheit für Fernmeldeanlagen im Grenzgebiet, wird kein Einspruch  
erhoben.

Wien, am 25. Jänner 1972

S c h w a r z m a n n  
Berichterstatter

S e i d l  
Obmann